

1950er Jahren herausgebildete Narrativ zurück, das sie allerdings als das bis heute dominante ansehen. So wichtig zahlreiche Argumente sind, so sehr ist zu bezweifeln, dass der hegemoniale deutsche Vertreibungsdiskurs ein ausschließlicher Opferdiskurs ist. Vielmehr spiegelt sich in Wissenschaft und Öffentlichkeit eine Heterogenität und in Teilen eine Polarisierung des Vertreibungsgedenkens wider. Das bedeutet allerdings auch – und hier liegt der große Verdienst von Hahn und Hahn –, dass das Reden über die Ereignisgeschichte der Vertreibung schwerlich vom Reden über die Erinnerungsgeschichte getrennt werden kann. Das Autorenpaar stellt die richtigen und überaus wichtige Fragen. Solch eine Studie war, wie bereits betont, überfällig.

Allerdings hätte eine andere Präsentation wohl doch der Leserfreundlichkeit gedient. Die sehr detaillierten Auseinandersetzungen führen häufig dazu, dass der rote Faden aus dem Blick zu geraten droht. Eine Auskopplung der Streitschriftaspekte, beispielsweise in einem längeren polemischen Essay, wäre der Monografie und der Argumentation sicherlich dienlich gewesen.

Warszawa

Maren Röger

Birgit Schwelling: Heimkehr – Erinnerung – Integration. Der Verband der Heimkehrer, die ehemaligen Kriegsgefangenen und die westdeutsche Nachkriegsgesellschaft. Schöningh. Paderborn 2010. 325 S. ISBN 978-3-506-76921-3. (€ 44,90.)

Das zu besprechende Buch ist im Kern, wie der Titel andeutet, eine Verbandsgeschichte – hinsichtlich der theoretischen und methodischen Ausrichtung sowie der quellengesättigten und urteilsreichen Ausgestaltung handelt es sich darüber hinaus um eine wichtige Studie, die Erkenntnisse und Erklärungen für die erinnerungspolitische Befindlichkeit der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft sowie ihre Integrationsfähigkeit bietet. Das hier beschriebene Verbandshandeln und seine Identitätskonstruktionen erinnern in mancher Hinsicht an Vertriebenenverbände und andere Organisationen, welche die politische Kultur der frühen Bundesrepublik sowohl beeinflussten als auch irritierten. Analog zu Flüchtlingen und Vertriebenen maßen zeitgenössische Politiker auch den Kriegsheimkehrern ein Gefährdungspotential für die junge Demokratie bei. Im Zentrum der Studie steht daher die Frage nach dem Integrationsprozess dieser heterogenen Gruppe, die Birgit Schwelling exemplarisch anhand eines der mitgliederstärksten Verbände, dem Verband der Heimkehrer, Kriegsgefangenen und Vermisstenangehörigen Deutschland e.V. (VdH), untersucht.

Ausgehend von Konzepten der Vergangenheits-, Erinnerungs- und Geschichtspolitik, die sie um kulturgeschichtliche Dimensionen des Politischen erweitert, untersucht Sch. den VdH als Erinnerungsgemeinschaft und kollektiven Akteur. Grundlegend dafür ist eine Auflösung der Dichotomie symbolischen und politischen Handelns, eine Analyse der Verknüpfung von Politik und Erinnerung in Bezug auf realpolitische Forderungen sowie eine Analyse der verbandsinternen Erinnerungspolitik und Identitätskonstruktionen (vgl. Kap. I, Einleitung, S. 19 ff.). Die Studie umfasst den Zeitraum von der Gründung 1950 bis zur Auflösung des VdH im Jahre 2006, wobei ein deutlicher Schwerpunkt auf den 1950er und 1960er Jahren liegt. Dabei vollziehen die inhaltlichen Kapitel II bis VII nicht den chronologischen Verlauf nach, sondern sind systematisch angelegt.

Kapitel II thematisiert das Problem der Kriegsgefangenen in der frühen Nachkriegszeit und die Initiativen des VdH zur Mobilisierung der Bevölkerung sowie zur Memorialisierung. Der VdH gründete sich im März 1950 nicht nur als Interessenverband bereits zurückgekehrter Kriegsgefangener, sondern sah seine Aufgabe auch in der Unterstützung der noch (vor allem in der Sowjetunion) Inhaftierten. Initiativen zu einer beschleunigten Freilassung scheiterten allerdings nicht zuletzt an den begrenzten Handlungsspielräumen der Politik insgesamt. Erfolgreich war der VdH dagegen Anfang der 1950er Jahre in seinen Bemühungen, einen hohen Grad an Solidarisierung und Interesse in der westdeutschen Öffentlichkeit zu wecken. Die Verbandspolitik bediente sich hier verschiedenster Mittel und Medien, dazu zählten die Wanderausstellung „Wir mahnen“, die Errichtung von 1 791

Mahnmalen, des Weiteren Protestveranstaltungen sowie die Etablierung von Gedenktagen und -wochen. Die Tatsache einer breiten, teils millionenfachen Beteiligung der westdeutschen Bevölkerung an diesen Aktionen lässt Sch. darüber hinaus Edgar Wolfrums These einer „nationalen Identitätskrise“ der frühen Bundesrepublik, die mit einem „Orientierungsvakuum“ verbunden gewesen sei, in Zweifel ziehen (S. 45).

Die Verbandsführung konnte Anfang der 1950er Jahre allerdings nicht nur Erfolge verzeichnen, sondern stand auch im Fokus der Kritik: zum einen aufgrund problematischer Äußerungen zu Opfer- und Schuldfragen, zum anderen, da sie unter dem Begriff der „Kriegsverurteilten“ nicht nur (sowjetische) Kriegsgefangene, sondern auch im Westen verurteilte Kriegsverbrecher subsumierte, eine Haltung, die sich nicht mit der „Politik der Geräuschlosigkeit“ (S. 52) der westdeutschen Regierung vertrug.

Ab Mitte der 1950er Jahre begann der Anfang vom Ende des „Zeitalters der Kriegsgefangenen“ (S. 101) und der Bedeutungsverlust setzte sich bis Ende der 1960er Jahre fort. Eine der vielen Ambivalenzen und Widersprüchlichkeiten in der Verbandsgeschichte beschreibt Sch. hier anhand der Errichtung der „Friedland-Gedächtnisstätte“ durch den VdH im Durchgangslager 1967, zu einem Zeitpunkt, an dem die Öffentlichkeit kaum noch für die Themen des VdH zu gewinnen war.

An dieses Panorama der ersten zwei Jahrzehnte knüpft das dritte Kapitel an und erklärt die Bedingungen und Begleiterscheinungen dieser Entwicklungen: Die Konstruktion einer kollektiven Verbandsidentität und die in diesem Zusammenhang relevanten Selbst-, Fremd- und Weltbilder sowie die Abgrenzung gegen interne und externe „Andere“.

Kapitel IV stellt eine spezielle erinnerungspolitische Kontroverse in den Vordergrund: Die Auseinandersetzung des VdH mit der 1957 von der Bundesregierung gegründeten Wissenschaftlichen Kommission für deutsche Kriegsgefangenschaftsgeschichte. Sch. sieht dem von ihr rekonstruierten Konflikt um die Deutungshoheit ein „Spannungsverhältnis zugrunde [liegen], wie es nicht selten zwischen Zeitzeugen und Historikern zu beobachten ist“ (S. 28). Diese Einschätzung bezieht sich darauf, dass die Forderungen des VdH an die Historiografie nicht nur auf eine Würdigung, sondern geradezu eine „Überhöhung“ (S. 188) der Perspektive der Zeitzeugenschaft zielten.

Ein solches Selbstverständnis schlug sich nicht zuletzt auch in der politischen Bildungsarbeit des VdH nieder, die im Zentrum von Kapitel V steht. Insbesondere anhand der Mehlemer Diskussionswochen zeigt Sch. erneut die verschiedenen Facetten der Verbandsarbeit auf. Einerseits war das Programm dezidiert demokratiefördernd gedacht, andererseits sorgten reaktionäre Äußerungen und Themen für eine stets kritische Beobachtung durch die Bundeszentrale für politische Bildung. Mit Beginn der 1960er Jahre verschob der VdH den Fokus von einer (ebenfalls ambivalenten) Vergangenheitsaufarbeitung hin zu neuen Organisationsformen (z.B. internationalen Diskussionsforen) und einem erweiterten Themenspektrum.

Sch. arbeitet neben dem Bekenntnis des Verbands zur Demokratie auch heraus, dass dieser häufig auf die Erinnerung an die Weimarer Demokratie als Drohkulisse einer gescheiterten Demokratie zurückgriff (Kap. VI), womit auch eine unterschwellig drohende Haltung im Kontext sozialpolitischer Forderungen verbunden war.

Mit zunehmender politischer Bedeutungslosigkeit stellte sich einem Verband wie dem VdH ohne Nachwuchsarbeit zwangsläufig im Laufe der Zeit die Frage nach einem möglichen oder notwendigen Ende der Verbandsgeschichte (vgl. Kap. VII), die – nach einem kurzen Aufleben von Ortsverbänden in den neuen Bundesländern – mit der Auflösung des Bundesverbands im September 2006 beantwortet wurde.

Das breite Spektrum an Befunden, das in dieser Rezension nur angedeutet werden kann, fasst Sch. im abschließenden Kapitel VIII zu pointierten Schlussfolgerungen zusammen. Sie konstatiert u.a., dass sich aus der Entwicklung des VdH ein widersprüchliches Bild ergibt: „Der VdH bewegte sich zwischen den Polen der Lernbereitschaft und der Verstocktheit, des Forderns und der Eigeninitiative, des Drohens und des Einlenkens“ (S. 293). In Anknüpfung an Klaus Naumann begreift die Autorin die Ergebnisse ihrer Studie als Bei-

spiel für eine produktive Integration von Ambivalenz in der jungen Bundesrepublik und in einem weiteren Schritt „Ambivalenz selbst als Motor der Entwicklung“ (S. 294). So deutet sie gerade den offenen Raum, der öffentlich inszenierten Erinnerungspolitiken Anfang der 1950er Jahre geboten wurde, als Bedingung für die Verarbeitung der Kriegserlebnisse und in der Folge als Bedingung für die Entfaltung alternativer Erinnerungspolitiken – beide Prozesse trugen zur Etablierung und Stabilisierung der westdeutschen Demokratie bei.

Duisburg – Essen

Sabine Voßkamp

Versöhnung und Politik. Polnisch-deutsche Versöhnungsinitiativen der 1960er Jahre und die Entspannungspolitik, hrsg. von Friedhelm Boll, Wiesław Wysocki und Klaus Ziemer unter Mitarbeit von Thomas Roth. (Archiv für Sozialgeschichte. Beiheft, Bd. 27.) Verlag J.H.W. Dietz Nachf. Bonn 2009. 425 S. ISBN 978-3-8012-4194-0. (€ 48,-.)

Der Band umfasst Beiträge zweier wissenschaftlicher Tagungen, die 2005 aus Anlass des vierzigsten Jahrestags des Briefwechsels zwischen den polnischen und deutschen Bischöfen abgehalten wurden. Sie sind auf unterschiedlichen Analyseebenen angesiedelt: Behandelt werden kirchliche und zivilgesellschaftliche Initiativen in Polen und in Deutschland, wobei der dritte Akteur – der Vatikan – in den meisten Fällen in die Analyse einbezogen wird. Ebenso aber, so die Hrsg., geht es um „Symbole und Emotionen, um Erinnerungs- und Geschichtspolitik“. Damit wird auf Kontroversen „von bisweilen großer Schärfe“ in Zusammenhang mit dem geplanten Zentrum gegen Vertreibungen hingewiesen (S. 10). Sie haben im Vorfeld der Konferenzen das deutsch-polnische Verhältnis – auch auf zwischenkirchlicher Ebene – getrübt. Dass es dazu kommen musste, betrachten die Hrsg. als eine besondere Verpflichtung, die gemeinsam geleistete Versöhnungsarbeit offen und kritisch zu hinterfragen (S. 24).

Im Zentrum des Bandes steht der Brief der polnischen Bischöfe an die deutschen Amtsbrüder vom November 1965. Mehrere Beiträge untersuchen seine Autorenschaft (Robert Żurek), die Hintergründe (ders.), dessen Stellenwert in der Ostpolitik des Vatikans (Andrzej Grajewski), die Wahrnehmung durch die polnischen Kommunisten und den Sicherheitsdienst (Tadeusz Krawczak) bzw. durch die Laiengruppierungen (Jan Żaryn). Stärker als bisher in der Forschung üblich, heben die Vf. die Bedeutung des Breslauer Erzbischofs Bolesław Kominek als die treibende Kraft dieses wegweisenden Dokuments hervor.

Bei der Lektüre des Bandes wird zweierlei sichtbar: erstens die unterschiedlichen gesellschaftlichen Bedingungen, die einerseits in den beiden deutschen Staaten und andererseits im kommunistisch regierten Polen vorhanden waren, zweitens die Verankerung der Initiativen in den zwischenmenschlichen Netzwerken. Die oft bis ins kleinste Detail reichende Schilderung bildet eine der Stärken dieses Bandes. So verfügte in Polen die Hierarchie der katholischen Kirche über das Mandat des Volkes, politische Fragen zu thematisieren. Mehrere Laienorganisationen versuchten sich in Zusammenhang mit dem Briefwechsel politisch zu profilieren. Dabei, und dies betrifft auch die relativ unabhängige Znak-Bewegung, „lavierten“ sie zwischen der Loyalität gegenüber der Kirche und den Machthabern (so Żaryn, S. 188). Da sie den Brief kritisierten und sich darüber hinaus der katholischen Hierarchie in religiösen Fragen oft widersetzten, kam es zu zahlreichen, vielschichtigen und heute wahrscheinlich nur schwer nachvollziehbaren Spannungen zwischen den Akteuren der katholischen Öffentlichkeit.

Eine Vorstellung davon, wie stark die Entstehung und die Wirkung des Bensberger Kreises von den inoffiziellen bzw. halboffiziellen Netzwerken abhängig war, kann nach der Lektüre des Beitrags von Friedhelm Boll gewonnen werden. Anhand zahlreicher Quellen aus Privatarchiven und -nachlässen zeigt er detailliert die politischen Veränderungen innerhalb dieser Gruppierung der „reformorientierten katholischen Intellektuellen“ (S. 91).